

Neue Argumente

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie



www.arge-ja.at

In dieser Ausgabe:

Europaweite Aktion zum Atomausstieg!

Mehr als 60 Organisationen in ganz Europa haben sich zu einer einzigartigen Plattform zusammengeschlossen und wollen 1 Million Unterschriften für den raschen Ausstieg aufs der Atomenergie sammeln Seite 3

● **Atomares Roulette - wie lange noch:** *Es ist gut für unseren ruhigen Schlaf, daß wir nicht wissen, zu welcher kritischen Situation es immer wieder in Atomkraftwerken kommt. Warum halten Politiker gegen alle Vernunft noch immer an dieser Technik fest?* Seite 1

● **Die dunklen Seiten unserer Justiz:** Wer es noch nicht erlebt hat, kann es sich nicht vorstellen. Der Kontakt mit der Justiz kann in unserem Land zu einem Alptraum werden Seite 5

● **Regionalwährungen - ein Weg aus der Krise:** Kaum ist die Vielfalt der Währungen auf europäischer Ebene abgeschafft, wollen Menschen neue regionale Währungen einführen - und sie haben gute Gründe dafür Seite 7

● **Nachrichten** Seite 8

Ein Notstromaggregat entfernt vom Supergau:

Atomares Roulette - wie lange noch?

So zahlreich sind die Meldungen über Störfälle in Atomkraftwerken, daß sich niemand mehr besonders darüber aufzuregen scheint. Wenn nicht gerade Tote zu beklagen sind, wie erst jetzt wieder bei einem Unfall in einem japanischen AKW, folgen die Beschwichtigungen der Betreiber, daß es sich nur um minimale Pannen gehandelt habe und ohnehin "alles im Griff" sei. Rasch verschwindet die Sache wieder aus dem medialen Scheinwerferlicht, denn Tschernobyl ist ja schon so lange her. Nur manchmal sickert im Nachhinein durch, WIE KNAPP wir der Katastrophe entgangen sind.

So zum Beispiel im Februar dieses Jahres im Falle eines der angeblich so sicheren deutschen AKW. Durch ein Unwetter war die öffentliche Stromversorgung ausgefallen, und im Kraftwerk Biblis B kam es zu einer Serie von Pannen. Es kam zu einer Notabschaltung des Reaktors. Da es auch nach der Abschaltung eines Reaktors zu einer enormen Hitzeentwicklung durch die abebbende Kettenreaktion kommt, muß die Hitze über ein Kühlsystem abgeleitet werden, sonst beginnt nach ca. einer Stunde der Reaktorkern zu schmelzen. Da der Reaktor keinen Strom mehr produziert, muß die Funktion des Kühlsystems durch eine eigene Stromversorgung sichergestellt werden. Im Fall Biblis versagten insgesamt vier Stromver-

sorgungssysteme, um die Pumpen der Kühlsysteme in Gang zu setzen. Hätte auch noch das fünfte System versagt, dann wäre es mit großer Wahrscheinlichkeit zum Super-GAU gekommen¹.

Die IPPNW (Internationale Vereinigung von Ärzten für die Verhütung des Atomkriegs) wird nun versuchen, den Atomkraftwerksblock Biblis B wegen der zahlreichen schweren Sicherheitsdefizite auf dem Klageweg stillzulegen. Nach deutscher Rechtsprechung ist der Betrieb von Atomkraftwerken verfassungswidrig, wenn diese nicht dem aktuellen "Stand von Wissenschaft und Technik" entsprechen.

Die große Geld-Umverteilungsmaschine

Vor zwei Jahren machte der Bankrott des britischen Energie-riesen und Atomstromproduzenten "British Energy" Schlagzeilen. Die Regierung bzw. die Steuerzahler finanzieren den Weiterbetrieb derzeit mit einem 2 Millionen Pfund-Kredit, um sich die Milliarden Pfund teure Stilllegung der 8 Atomkraftwerke des privaten Konzerns zu ersparen. Ohne eine Haftungsübernahme für diesen Fall hätte die Regierung das vormals staatliche Unternehmen nämlich nie verkaufen können. Die EU genehmigte diese Staatshilfe für ein privates



Unternehmen unter der Bedingung der Ausarbeitung eines Restrukturierungsplans. Dieser würde allerdings wiederum Kosten von mehreren Milliarden Pfund verursachen, die auf Kosten des Steuerzahlers in die marode Atomindustrie investiert würden. Geld, das dann anderswo fehlt, zum Beispiel für den dringend nötigen Ausbau der erneuerbaren Energien.

In diesem Sinne wird begreiflich, daß hier eine gewaltige **Geldumleitungsmaschine** am Werk ist: über die Rieseninvestitionen in die Atomtechnik in Europa, besonders auch über das EURATOM-Geld, werden die Strukturen des großindustriell-militärischen Machtkomplexes mit Steuergeld weiter gestärkt. Eine weitere Eigenschaft der Atomenergie ist, daß sie als Großtechnik auch nur von Großindustrien (Siemens, Framatome, Westinghouse...) produziert werden kann, wodurch der größte Teil des Geldes "in der Familie" bleibt. Die riesigen Investitionssummen solcher Projekte führen außerdem zu einer Unüberschaubarkeit, die zu satten Provisionen und Abzweigungen von Steuergeldern in politisch genehme Taschen bestens geeignet ist ²⁾. Wie sich am englischen Beispiel gezeigt hat, ist es dabei gleichgültig, ob der Staat oder Private die Betreiber sind - wenn finanziell etwas schief läuft, muß der Staat auf jeden Fall einspringen, denn ein AKW ist ja keine normale Fabrik, die man einfach verfallen lassen kann.

Daher wundert es nicht, daß Premierminister Tony Blair heute ungeachtet des ungelösten Problems mit British Energy sogar eine Kernkraft-Renaissance für Großbritannien in Erwägung zieht. Seine Begründung dafür ist, daß der globalen Erwärmung entgegengetreten werden müsse. Blair ließ allerdings erkennen, daß er besonders von der USA in diese Richtung gedrängt werde ³⁾.

Das ist wirklich interessant, denn die USA hat sich ja bisher jeder Maßnahme zum Klimaschutz - wie dem Kyoto-Protokoll - hartnäckig widersetzt. Abgesehen davon, daß es weit bessere, sicherere und kostengünstigere Alternativen zum Klimaschutz gibt als die Atomenergie, ist es doch faszinierend, daß Klimaschutz ausgerechnet dann für die USA interessant wird, wenn die Atomenergie als Mittel dazu verkauft werden kann.

Keine Nuklearwaffen ohne Atomkraftwerke

Die Atomkrafttechnik ist aus einer militärischen Anwendung, der Erforschung und Produktion von Atomwaffen, entstanden. Atomkraftwerke produzieren kontinuierlich radioaktives Material, das als Ausgangsmaterial für die Produktion von Nuklearwaffen verwendet werden kann. **Nach einem Betriebsjahr produziert ein AKW eine Menge radioaktiven Materials, die dem 1000-fachen der Hiroshima-Bombe entspricht.** Schon die Abfallstoffe aus dem Uranbergbau können für die berühmte DU-Munition (Geschosse mit abgereichertem Uran) verwendet werden, die im Jugoslawien-Krieg und in den Golf-Kriegen reichlich eingesetzt wurde. Schon deshalb werden Mächte, die auf Atomwaffen als ultimative militärische Abschreckung setzen, IMMER auf der Atomenergie als dem zivilen Deckmäntelchen ganz anderer Interessen bestehen.

Die USA haben ja angekündigt, daß sie nun eine neue Generation von Atomwaffen, unter anderem mit dem so spielzeughaft klingenden Namen "Mini-Nukes" zu entwickeln und einzusetzen bereit sind, auch in sogenannten "Präventivschlägen", allen Abrüstungsbemühungen und dem Atomwaffensperrvertrag zum Hohn. Im vergangenen Dezember bewilligte der US-Kongreß allein für das Jahr 2004 6,3 Milliarden

Dollar für die Entwicklung dieser neuen Generation "defensiver" Nuklearwaffen. Der Frieden für die Rohstoffplünderer muß gesichert werden, und "Verteidigung" ist angesagt gegenüber jenen, die das Erzwingen des totalen "freien" Marktes unter amerikanischer Vorherrschaft nicht einfach hinnehmen wollen. Die neue US-Nuklearpolitik beteiligt die großen Verteidigungskonzerne auch ganz explizit an den Entscheidungen, was Tendenz zu einer Privatisierung der Kriegsführung weiter verstärkt. So kommt es zu einer gefährlichen Verbindung von politischer, militärischer und wirtschaftlicher Macht.

Der Irak wurde von den USA wegen angeblicher Massenvernichtungswaffen brutal bombardiert, aber jener Staat, der als erster und einziger Atombomben gezielt gegen Menschen eingesetzt hat (1945 auf Hiroshima und Nagasaki mit hunderttausenden Toten und Strahlenkranken bis in die Gegenwart) bekennt sich weiterhin schamlos zu ihrer Verwendung!

Höhere Rüstungsausgaben

Ein Land mit atomarer Energieversorgung ist verletzlich gegenüber Angreifern, gleich ob dies feindliche Staaten oder Terroristen sind. Das allein rechtfertigt schon eine ENTSPRECHENDE HOCHRÜSTUNG IM EIGENEN LAND. Schon in den 80er Jahren kam eine nicht veröffentlichte Studie des US-Verteidigungsministeriums zu dem Schluß, daß ein Umstieg von der atomaren auf die dezentralen erneuerbaren Energien AUS SICHERHEITSGRÜNDEN ALLEIN schon zu empfehlen sei - fernab aller ökologischen Erwägungen ⁴⁾. Doch was gut für das Land, ist noch lange nicht gut für den Machterhalt. Mit der Terrorangst läßt sich wunderbar politischer Druck ausüben, die Bürger lassen sich zu teuren Budgets für Rüstung erpressen, wodurch



Geld, das in anderen Bereichen dringend benötigt würde, abgezogen wird. Außerdem lassen sich im Namen der "Terrorismusvorbeugung" Maßnahmen penetranter Staatskontrolle und Aufgabe von bürgerlichen Freiheiten durchsetzen, die sonst undenkbar gewesen wären.

Eine Million Jahre Gefahr für die Umwelt

Ob die Atomenergie sich zum Klimaschutz eignet, ist mehr als zweifelhaft. Der Verbrauch einer Kilowattstunde Atomstroms führt zur **Abgabe fast der doppelten Energiemenge in Form von Wärme an die Umwelt** (sichtbar an den mächtigen Dunstwolken, die aus den Kühltürmen steigen) und zusätzlich wird eine halbe kWh an Radioaktivität erzeugt. Radioaktivität ist extrem lebensfeindlich. Die gleiche Energiemenge, die in Form von Wärme, etwa beim Trinken einer Tasse Tee, im Körper Wohlbefinden erzeugt, ist in Form von Radioaktivität absolut tödlich, kann aber mit menschlichen Sinnen

nicht wahrgenommen werden. Radioaktivität "ist nicht umzubringen", das heißt, sie kann durch physikalische oder chemische Prozesse nicht beeinflusst werden. Verbrennt man einen radioaktiven Stoff, so bleibt die Strahlung unverändert



Eine Kugel dieser Größe aus Plutonium würde 10 kg wiegen und für den Bau einer Atombombe ausreichen

und ungemindert in der Asche oder den Verbrennungsgasen. Dieser gefährliche Abfall muß nicht nur für eine Million Jahre wegen seiner Strahlung von der Umwelt abge-

schützt werden, sondern es muß auch sichergestellt werden, daß er nicht in die falschen Hände gerät! Bis heute ist für dieses Problem keine auch nur irgendwie befriedigende Lösung gefunden worden.

Für einen möglichst raschen Ausstieg aus der Atomenergie aufzutreten, ist daher nicht nur eine Notwendigkeit im Sinne des Umwelt- und Gesundheitsschutz, sondern auch die Voraussetzung für eine Zukunft in Frieden und Freiheit.

- 1 *Henrik Paulitz vom IPPNW auf dem Kongreß "Atomenergie und Atomwaffen in einer instabilen Welt" in Berlin, 8./9.5.2004*
- 2 *Ausführliche Beschreibung solcher Praktiken am Beispiel der Slowakei im spannenden Artikel "Die Atomkraft -eine Sackgasse" von Lubica Turbínová in: Ost-West-Info 12/2002, Graz*
- 3 *Frankfurter Rundschau online 8.7.04)*
- 4 *H. Scheer, Sonnenzeitung 1/02 S. 44*

3

www.atomstopp.com:

Europaweite Aktion für den Atomausstieg

Mehr als 60 Organisationen in ganz Europa haben sich zu einer einzigartigen Plattform zusammengeschlossen

"Eine Million Europäer für den Atomausstieg", unter diesem Motto starteten Anti-Atom-Organisationen aus ganz Europa am Tschernobyl-Gedenktag am 26. April die Unterschriftenkampagne für den Europäischen Atomausstieg!

Innerhalb eines Jahres sollen eine Million Europäer die Petition im Internet (www.atomstopp.com) oder auf Papier unterschreiben, mit der von den Politiker/innen in Europa Maßnahmen zum schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie eingefordert wer-

den. Nur die Umsetzung dieser Maßnahmen ermöglicht es, gleichzeitig gegen die Atomindustrie und gegen die Klimaveränderung zu kämpfen! Mehr als 60 Organisationen in Europa unterstützen die Unterschriftenkampagne, die von der Plattform gegen Atomgefahr (Oberösterreich) gemeinsam mit Women for Peace (Finnland), dem französischen Netzwerk für den Atomausstieg (Reseau Sortir du nucléaire) und WISE (World Information Service on Energy) Amsterdam initiiert wurde.

"Die Kampagne greift um sich wie Feuer!"

Der Auftakt zur Unterschriftenkampagne wurde in vielen europäischen Hauptstädten mit Infoständen und Straßensammlungen am Tschernobyl-Gedenktag gelegt.

In Helsinki etwa wurden innerhalb von fünf Stunden rund 1.000 Unterschriften gesammelt. Medienberichte in den finnischen Tageszeitungen begleiteten die Aktion und bewarben die Internet-Adresse www.atomstopp.com.



Europäische Petition zum Atomausstieg

www.atomstopp.com

Mehr als 60 Organisationen in ganz Europa fordern den Ausstieg aus der Atomenergie. Am Tschernobyl-Gedenktag (26.4.2004) wurde eine Unterschriftenaktion unter dem Motto "Eine Million Europäer verlangen den Ausstieg aus der Atomenergie" gestartet, um ohne Aufschub die Durchsetzung der folgenden Maßnahmen von den Politikern einzufordern:

- Stoppen oder verhindern Sie den Neubau von Atomanlagen in Europa!
- Veranlassen Sie, daß die Europäische Union und jeder Staat der EU, der Atomkraftwerke betreibt, Ausstiegspläne aus der Atomindustrie vorlegt - der Ausstieg soll so schnell wie möglich erfolgen!
- Setzen Sie sich für ein umfassendes Investitionsprogramm in Richtung Energieeffizienz und Entwicklung von Erneuerbaren Energien ein!
- Setzen Sie sich für das Auslaufen des wettbewerbsverzerrenden und veralteten Euratom-Vertrages ein! Mit diesem Vertrag werden öffentliche Gelder für die Stützung der Atomindustrie verwendet!

Vorname	Name	Adresse	Unterschrift

Formular kopieren und weiterverteilen! Unterschriebene Listen bis April 2005 bitte einschicken an:
 Arge Ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie, Pasettistr. 89/12, 1200 Wien, Tel.+Fax 01-332 6106



Finnland ist mit 890 eingetragenen Unterschriften (bezogen auf die Gesamtbevölkerung) Spitzenreiter der Aktion. Knapp dahinter liegen schon Österreich und Frankreich.

Die im Internet eingetragenen Unterschriften vermitteln ein verzerrtes Bild der Kampagne - tausende Unterschriften liegen auf Papier vor, so auch in Italien: Allein in Kalabrien wurden mittlerweile 4.000 Unterschriften gesammelt, die erst für das Internet erfaßt werden müssen. Laura Radiconcini (Amici della terra - Italien) berichtet: "Die Kampagne greift um sich wie Feuer ...!".

Für Frankreich gilt Ähnliches.

Das "Reseau Sortir du nucleaire" startete am Tschernobyl-Gedenktag eine einmonatige "Tour de France". Beginnend mit dem AKW Fessenheim werden nacheinander 27 AKW Standorte bzw. Orte, in denen vorbildhaft Maßnahmen von erneuerbaren Energien umgesetzt wurden, besucht und Unterschriften für den europäischen Atomausstieg gesammelt. Durchschnittlich beteiligten sich 2.000 Menschen an den Aktionen - 150.000 Unterschriftenblätter à 10 Unterschriften wurden bei den Aktionen verteilt, die alle erst ausgewertet und erfaßt werden müssen.

Beim Atomkongress der IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhütung

des Atomkrieges) in Berlin am 8./9. Mai 2004 wurde die Unterschriftenaktion mehrmals öffentlich beworben und in den Teilnehmermappen aufgelegt. Greenpeace Central und Eastern Europe wie auch die italienische "Campagna per la riforma della Banca Mondiale" bewerben die Aktion über das Internet, ebenso wie kleinere Umweltorganisationen in ganz Europa.

Unterschreiben auch Sie die Petition auf www.atomstopp.com oder schicken Sie uns nebenstehendes Formular mit Ihrer Unterschrift.

Die dunklen Seiten unserer Justiz

Von Dipl.-Ing. HR Robert Gangl

Obmann der Bürgerinnen- und Bürger Selbsthilfevereinigung (BBSV)

5

Für einen Bürger, der mit der Justiz nur wenig oder noch nichts zu tun hatte, mag die Überschrift dieses Artikels provokant klingen. Es gibt jedoch nicht wenige Menschen in unserem Land, die im Zuge eines Prozesses zu Unrecht schweren Schaden erlitten haben und deren Vertrauen in den Rechtsstaat tief erschüttert ist. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Verluste bis zur Zerstörung ihrer Existenzgrundlage, sondern auch um schwere psychische und soziale Belastungen, welchen diese Menschen im Zuge jahrelangen vergeblichen Prozessierens ausgesetzt sind und oft noch lange nachher darunter leiden.

Vielen bekannt ist der Fall der österreichischen Schifabrik Rohrmoser, die schon vor vielen Jahren auf sehr eigenartige Weise den Besitzer gewechselt hat, und wo schwere Zweifel an der Vorgangsweise der Justiz aufgekommen sind. Erst unlängst bekannt geworden ist der Fall des jungen Oberösterreichers

Peter Heidegger, der wegen Mordes rechtskräftig verurteilt und **acht Jahre im Gefängnis** gesessen ist. Nach einer von seinen Eltern betriebenen Wiederaufnahme des Verfahrens wurde er nun **freigesprochen**, auf freien Fuß gesetzt und finanziell entschädigt. Aber wie könnte Geld je diesem Mann seine verlorenen Jahre ersetzen, oder seine erlittenen Seelenqualen kompensieren?

Sind solche Fälle bedauerliche aber unvermeidbare Einzelfälle, weil es eine absolut fehlerfreie Justiz nicht geben kann, **oder sind es Einzelfälle in dem Sinne, daß ausnahmsweise ein falsches Urteil doch wieder aufgehoben wurde?** Denn es ist eine **Tatsache, daß in Österreich von 100 beantragten Wiederaufnahmeverfahren 99 von der Justiz zurückgewiesen werden**. Selbst wenn zahlreiche Anträge nicht gerechtfertigt sein mögen, ist eine derart hohe Abweisungsquote höchst erschreckend und auf keinen Fall zu rechtfertigen. Die Bedingung

für eine Wiederaufnahme von Verfahren ist, daß der Antragsteller ein "neues Argument" vorzubringen habe. Wie soll aber jemand ein neues Argument vorbringen, wenn er im Gefängnis sitzt, und es sich nicht leisten kann, einen Anwalt zu beauftragen, diese Sache von außen zu betreiben? Und wenn tatsächlich einem Richter ein Fehlurteil passiert ist, ist es doch unsinnig, ein **"neues Argument" als Bedingung einer Wiederaufnahme** zu verlangen. Das unwahrscheinliche Glück für die Familie Heidegger war, daß der tatsächliche Mörder mit seiner Tat psychisch offenbar nicht fertig wurde, und sich schließlich sogar öffentlich der Tat "rühmte". Das ist sicher nicht der Normalfall, aber einzig dieses "neuen Arguments" wegen wurde das Begehren auf die Wiederaufnahme des Verfahrens anerkannt.

Es stellt sich daher die Frage, wie viele Menschen heute unter den Folgen falscher Urteile leiden, die NICHT wieder aufgehoben wurden,



weil in dem Justizapparat offenbar eine **starke Neigung besteht, Fehler nicht einzugestehen** und sich mit zweifelhaften Urteilen nicht weiter auseinanderzusetzen. Es ist daher anzunehmen, daß zahlreiche Fehlurteile auf diese Weise nie und nimmer richtiggestellt worden sind, mit entsprechenden emotionalen und finanziellen Folgen für die Betroffenen.

6 Diese sogenannte "Selbstkontrolle" der Justiz führt dazu, daß Richter de facto in einem geschützten Bereich agieren, in welchem Fehler unter den Teppich gekehrt werden können. Sie genießen somit ein Privileg, welches keine andere Berufsgruppe hat und wofür es keine gesetzliche Grundlage gibt. Auch wenn die Mehrzahl der Richter ihr Amt zweifellos engagiert und nach bestem Wissen und Gewissen ausübt, wie hier ausdrücklich betont werden soll, liegt hier eine enorme Versuchung zum Mißbrauch, und sei es nur die, einen übernommenen Fall nicht mit der angemessenen Sorgfalt zu prüfen, weil Konsequenzen im Falle eines Fehlurteils ohnehin nicht zu befürchten sind! Im schlimmsten Fall kann das bis zur Korruption und Deckung betrügerisch-krimineller Praktiken dritter gehen. Uns sind Fälle bekannt, bei denen dieser Verdacht sich massiv aufdrängt.

Ein Nebeneffekt dieser "Selbstkontrolle"-Regelung ist, daß die staatliche Finanzprokurator nur äußerst selten Schadensersatz-

leistungen an durch die Justiz geschädigte Bürger erbringen muß.

Ein weiteres Problem in unserem Justizsystem ist ein finanzielles. Da man bei Zivilprozessen um Summen ab 5000 Euro verpflichtet ist, einen Anwalt zu nehmen, für eine durchschnittliche **Anwaltsstunde aber heute bereits 300.- Euro** verrechnet werden, kann sich ein Normalverdiener so einen Prozeß kaum mehr leisten, wenn er über keine Ersparnisse verfügt, und noch weniger, bei einem als ungerecht empfundenen Urteil in die nächste Instanz zur Berufung zu gehen. Die Familie Heidegger hat bis zur Aufhebung des Urteils 2 Millionen Schilling an Gerichts- und Anwaltskosten aufgebracht, die über Darlehen bei Verwandten und über Bankkredite finanziert wurden.

Die staatliche Verfahrenshilfe wird nur Personen gewährt, die unter ca. 1500.- Euro verdienen, und ihre Qualität dieses Dienstes ist sehr unterschiedlich. Davon abgesehen, gibt es nicht wenige Fälle, in denen Rechtsanwälte ihre Klienten nicht mit der nötigen Sorgfalt vertreten. Allerdings kann es sich kaum jemand leisten, nachdem er schon einen Prozess am Hals hat, auch noch seinen Anwalt zu verklagen, wenn er nicht von vornherein eine entsprechende gute /teure Rechtsschutzversicherung hat. Prozesse gegen Richter oder Staatsanwälte, die theoretisch möglich sind, beschreitet wegen der

zusätzlichen Kosten und auch wegen der geringen Erfolgsaussichten praktisch niemand.

Erste Schritte zur Absicherung unseres Rechtssystems

Als erster Schritt wäre es ein Gebot der Stunde, eine vom Justizapparat unabhängige Kontrollinstanz einzuführen, die bei Fehlurteilen angerufen werden kann, und die Wiederaufnahme eines Verfahrens verfügen kann. Folgende Zusammensetzung wäre denkbar: zwei Berufsrichter, zwei sachkundige Laienrichter und einen Polizeijuristen als Vorsitzenden, wobei bei Stimmengleichheit der Vorsitzende entscheidet. Ein weiterer Schritt, der der Minderung der finanziellen Belastung durch Prozesse dient, wäre eine wesentliche Anhebung der finanziellen Grenze, ab der Anwaltpflicht besteht, um das Mehrfache, zum Beispiel auf 50.000 Euro oder höher.

Einer **Verwahrlosung der Rechtspflege durch in der Praxis kaum mehr zur Verantwortung ziehbare Richter und Anwälte** sowie durch die enormen Kosten, die das Recht zu einer Frage über Sein oder Nicht-Sein eines gutgefüllten Bankkontos pervertiert, führt zum Niedergang einer Gesellschaft und dem muß energisch entgegengetreten werden.

Bürgerinnen- und Bürger- Selbsthilfevereinigung (BBSV).

Der Verein hat den Zweck, Menschen, die bei Banken, Behörden, Versicherungen etc. in Schwierigkeiten geraten sind, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben und sie zu unterstützen. Der Verein ist gemeinnützig, unabhängig und unpolitisch. Die Betroffenen müssen sich aktiv an der Lösung ihrer Probleme beteiligen. Die Beratung ist kostenlos, für das erste Beratungsgespräch ist eine Mitgliedschaft nicht erforderlich. Tätigkeiten, die Rechtsanwälten und

Notaren vorbehalten sind, können nicht übernommen werden. Der Verein wird durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert. Wir konnten schon vielen Menschen helfen und sie vor großem persönlichen und finanziellen Schaden bewahren.

**BBSV, 4873 Frankenburg/H., Badsiedlung 15 Tel./Fax: 07683-7868 od. 0664-8207011,
Obmann DI Robert Gangl: 02742-70790 od. 0664-8207012**



Regionalwährungen - ein Weg aus der Krise

Das Geld der Gegenwart ist reise-
sefreudig. Besonders gerne reist
es nach China: 70% der Bank-
investitionen gehen heute schon
dorthin, weil dort wesentlich höhere
Renditen zu erwirtschaften sind als
in der westlichen Welt. Mit diesem
Geld werden modere chinesische
Industrieanlagen aufgebaut. In die-
sen Industrieanlagen produzieren
dann Menschen, die für 20 Cent
in der Stunde arbeiten, Güter zu
einem Preis, mit dem europäische
Unternehmen nicht einmal versu-
chen brauchen, zu konkurrieren.
Unsere Unternehmen sollten daher
Arbeitskräfte entlassen, oder besser
gleich zusperren und nach China
auswandern. Die Chinesen arbei-
ten um ein Vielfaches billiger, und
sie haben Milliarden eifrige fleißi-
ge Arbeitskräfte, also können wir
Europäer alle aufhören zu arbeiten
und brauchen nur mehr die chi-
nesischen Produkte kaufen. Hmm,
woher wir das Geld dann dafür neh-
men? Ach, das bekommen wir doch
aus dem Verkauf von Mozartkugeln
(made in...????), Hotelbetten und
Volkstanzshows an die wohlhaben-
den Chinesen und internationale
Finanzkapitalisten, die es auf einen
Urlaub hierher verschlägt.

Falls das zum lässigen Wohlstand
aller Bürger unseres Landes nicht
wirklich ausreichen sollte, brau-
chen wir uns um unser Überleben
trotzdem keine Sorge machen. Die
zahllosen arbeitenden Chinesen
können wir zwar kaum um eine
Spende angehen, weil die werden
selbst ausgebeutet und ihr Lohn
reicht kaum zum Überleben. Auch
die Aktionäre jener transnationa-
len Unternehmen, die als einzige
in dem freien Welthandel fette
Gewinne verdienen, waren von jeher
nicht besonders karitativ veranlagt.
Doch wer keinen Job als bis zu
den Zähnen bewaffneter Bewacher
ihrer Reichtümer ergattert, braucht

deswegen noch lange nicht verzwei-
feln. Denn wir leben ja nicht in der
Sahara, und auf unseren Wiesen und
Feldern wächst und blüht es! Die
neuesten Erkenntnisse haben sowie-
so ergeben, daß all diese Industrie-
nahrung nicht besonders gesund ist.
Daher lassen wir unsere industrielle
Phase ohne Reue hinter uns, ent-
gehen mit ein bißchen Glück noch
gerade dem fallenden Rollbalken des
Klimakollaps und wandeln nach dem
Motto "zurück zur Natur" wieder in
den Spuren unserer Vorfahren, der
Jäger, Sammler und Ackerbauern. Es
besteht also kein Grund zur Sorge,
auch in Zukunft bleibt unser Tisch
also reich gedeckt.

Und für die, welche dieser
Perspektive gegen alle Erwartung
doch nichts abgewinnen können
gibt es das

Das Geld der Zukunft - Kaufkraft in der Region halten

Das Geld der Zukunft wird ein
Nebeneinander von verschiede-
nen Währungen: das reisefreudige
internationale Geld der Gegenwart
bekommt zahlreiche kleine seßhaf-
te Geschwisterchen zur Seite: die
Regionalwährungen.

Eine Regionalwährung ist Geld,
das nur in einer Region gilt. Wozu
soll das gut sein? Jetzt, da endlich
der Euro das "leidige" Umtauschen
der europäischen Währungen ersetzt
hat, sollten noch kleinere und noch
zahlreichere Währungen wieder
eingeführt werden? Ist das nicht
Schwachsinn zum Quadrat? Nein.
Denn eine Regionalwährung hält
Geld im Wirtschaftskreislauf einer
Region, stärkt die Gemeinschaft und
die sozialen Kontakte.

Viele ländliche Regionen sind
heute wirtschaftlich so schwach,
daß ihre Bewohner keine Arbeit
mehr finden und daher abwandern.

Weniger Bewohner bedeutet noch
weniger Kunden für die Geschäfte
und Unternehmen, die sich immer
noch gehalten haben. Zahlreiche
Orte haben nicht einmal mehr ein
Lebensmittelgeschäft. Mangels
Alternative strömen die Menschen
zu den großen Einkaufszentren,
wo das Geld in die Kassen von
Geschäften fließt, die Teil internatio-
naler Ketten sind, und wird damit
dem Kreislauf der Region entzogen.

Die Aufgabe einer Regional-
währung ist, einen Teil der **Kaufkraft
im Wirtschaftskreislauf der Region
zu halten**. Wenn ich mit einem
Regionalgeldschein dem örtlichen
Bauern seine Kartoffeln und sein
Salatöl abkaufe, anstatt in spani-
sches Gemüse zu "investieren", siche-
re ich nicht nur seine Existenz, son-
dern auch die des Kfz-Mechanikers,
der den Traktor des Bauern wartet,
des Eisenhändlers, bei dem der
Mechaniker sein Werkzeug einkauft,
und vielleicht meiner Tochter ein
Taschengeld, weil sie für die Familie
des Mechanikers Baby sitzen geht.
Durch das Regionalgeld bekommen
die Menschen einen Anreiz, jene
Waren und Dienstleistungen, die sie
selbst dank ihrer Fähigkeiten und
der Naturschätze ihrer Region zur
Verfügung stellen können, unter-
einander zu handeln anstatt sie auf
dem internationalen Markt zu kau-
fen und damit mehr Geld als nötig
aus ihrer Gemeinschaft nach außen
abfließen zu lassen. Vor allem nicht
in die Kassen von transnationalen
Konzernen, wo nur ganz wenig Geld
den Arbeitenden zugute kommt,
und der Riesengewinn an anonyme
Aktionäre geht, die nie einen Finger
krumm gemacht haben.

So werden nicht nur lokale
Arbeitsplätze gesichert und neue
geschaffen, sondern auch die
sozialen Kontakte untereinander
gestärkt. Regionale und inter-



ationale Währung können in Zukunft friedlich nebeneinander bestehen, ein jedes mit seiner speziellen Funktion. Das Regionalgeld schafft durch seine besondere Funktionsweise einen Anreiz zum wirtschaftlichen Austausch innerhalb einer Region und außerdem die äußere Form für ein Bewußtsein, daß sich eine Gemeinschaft lebendige wirtschaftliche UND soziale Geben-Nehmen Beziehungen

braucht, deren Früchte schließlich allen zugute kommen.

In Deutschland gibt es bereits ca. 50 Initiativen dieser Art, darunter die erfolgreiche Gutscheinvährung "Chiemgauer", über die monatlich bereits 12.000 Euro umgesetzt werden, was zu einer entsprechenden Belebung des Wirtschaftslebens der Region geführt hat. Im Waldviertel soll auf Initiative der Schuhwerkstatt

Schrems mit Jahresbeginn 2005 eine solche Währung eingeführt werden.

Buch: "Regionalwährungen" von Margrit Kennedy u. Bernard A. Lietaer, München 2004, Riemann-Verlag.

Internet:

www.humonde.de
www.chiemgauer.info
www.regionalnetzwerk.de
www.margritkennedy.de
www.roland-regional.de
www.accessfoundation.org

Kurznachrichten

Wenige haben zu viel viele haben gar nichts

Gemäß dem neuen "World Wealth Report" von Lynch u. Capegemini stieg das Vermögen der 7,7 weltweit erfaßten Millionäre allein im vergangenen Jahr um fast 8 Prozent auf 28 800 Milliarden Dollar. Im Jahr 2008 werden es laut Prognose 41000 Milliarden sein.

(Neue Züricher Zeitung 16.6.04)

Gezeitenkraftwerk

Seit einem Jahr trotz ein neuartiges Kraftwerk den rauen Bedingungen der Nordsee. Die Pilotanlage vor der Küste Cornwalls ähnelt einer Windenergieanlage - doch der Rotor dreht sich unter Wasser, und nutzt die Strömungen von Ebbe und Flut zur Stromerzeugung. Die neuartige Turbine überstand den Winter sowie einige Stürme unbeschadet. Als Pilotanlage liefert Seaflow wertvolle Daten für die Entwicklung künftiger Meeresströmungs-Kraftwerke.

www.sonnenseite.com, 14.7.04

Wie schützt man AKWs gegen Terroranschläge

Laut einem neuen Gutachten kann der gezielte Absturz eines Verkehrsflugzeugs bei jedem deutschen AKW zum größten anzunehmenden Unfall (GAU) führen. Im Frühjahr dieses Jahres einigten sich die deutschen Kernkraftbetreiber RWE, EON, EnBW und Vattenfall daher auf das Konzept des Einnebelns durch Nebelwerfer im Gefahrenfall und schlossen mit der Düsseldorfer Rüstungsfirma Rheinmetall bereits einen Liefervertrag. Satellitennavigationssysteme, wie sie in Flugzeugen heute üblich sind, lassen sich durch Nebel allerdings nicht beirren, der Anflug wäre nur schwieriger.

Neben dem Einnebeln steht ein

weiterer Vorschlag zum Terrorschutz in der Diskussion: Die Reaktoren könnten mit Wällen aus Stahlbeton umgeben werden, die so dicht nebeneinander stehen, daß kein Flugzeug dazwischen fliegen kann. Diese Wälle wären zwar niedriger als der Reaktor, aber bei einem Angriff von schräg oben müßte der Pilot in einem bestimmten Winkel auf den Reaktor zufliegen, um diesen zu treffen, was erschwerend wirken würde.

Chinas Ölbedarf steigt auf neuen Rekordwert

Der Ölbedarf der boomenden Wirtschaft in China wird in diesem Jahr nach einem Bericht der Tageszeitung "People's Daily" mit 110 Mio. Tonnen einen neuen Rekordwert erreichen. 04.08.2004

**Eine Mücke kann dem Löwen mehr zu schaffen
machen als der Löwe einer Mücke.**

(Selma Lagerloef)

VERLAGSPOSTAMT 1200 WIEN
 Reg.-Nr. 02 Z032 727M Erscheinsort Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft JA zur Umwelt, NEIN zur Atomenergie, Pasettistr. 89/12, 1200 Wien
 Tel. + Fax 01-332 6106 E-mail: neue.argumente@telering.at

Redaktion: Christiane Schmutterer

Obmann: Univ.-Prof. Dr. DI August Raggam

Ehrenobmann: Univ. Prof. Dr. Alexander Tollmann

Bankverbindung: Raikabank Wien, BLZ 32900 Kto. Nr.02.820.678

Grafische Gestaltung: Christiane Schmutterer

Druck: W. Leukauf GmbH, 1220 Wien, Obachg. 10

Namentlich gekennzeichnete Beiträge oder solche, die deutlich als aus anderen Publikationen abgedruckt erkennbar sind, **müssen nicht die Meinung der Redaktion darstellen** und liegen nicht in ihrer Verantwortung.

Bei Unzustellbarkeit bitte zurück an:
 1200 Wien, Pasettistr. 89/12